

Information gemäß Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) für Gremien und Sitzungsdienste

Vorbemerkung

Die Stadt Ludwigslust verarbeitet personenbezogene Daten im Zusammenhang mit ihren städtischen Gremien und dem Sitzungsdienst. Mit den nachfolgenden Informationen werden die Betroffenen über den Verantwortlichen, die Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung, die Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten, die Dauer der Speicherung sowie die Betroffenen-, Widerrufs- und Beschwerderechte unterrichtet.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadt Ludwigslust
Reinhard Mach
Der Bürgermeister
Schloßstraße 38
19288 Ludwigslust
E-Mail: stadt@ludwigslust.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz

Wir haben für unser Unternehmen einen Datenschutzbeauftragten bestellt.

KSM Kommunalservice Mecklenburg AÖR
Datenschutzbeauftragter
Eckdrift 93
19061 Schwerin

Telefon: 0385 20092-1212
E-Mail: datenschutz@ludwigslust.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Zusammenhang mit der Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen und Veranstaltungen (u. a. Zentrale Vorbereitung von Sitzungen des Magistrates und deren Kommissionen, der Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse, Sammlung der Niederschriften, Erstellung und Auswertung von Protokollen, Sitzungsgeldabrechnung, Ehrung von Mandatsträgern) verarbeitet die Stadtverwaltung personenbezogene Daten nur soweit dies zur Wahrung von Öffentlichkeitspflichten erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Art. 6 EU-DSGVO. Es werden die folgenden Kategorien von personenbezogenen Daten verarbeitet:

- Kontaktdaten, insbesondere Vor- und Nachname, ggf. Titel, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse,
- ggf. Bankverbindung,
- Inhalte von Beschlüssen oder Protokolle mit personenbezogenen Daten

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Auf personenbezogene Daten haben nur die jeweiligen zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die Verwaltungsleitung sowie die Mandatsträger der städtischen Gremien Zugriff. Weitere Übermittlungen erfolgen nicht.

5. Dauer der Speicherung

Die Dauer der Speicherung beträgt, soweit es das Sitzungsgeld betrifft, 10 Jahre (vgl. § 147 Abgabenordnung (AO)). Alle weiteren Daten werden für 30 Jahre gespeichert (Regelung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)).

6. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der EU-DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 EU-DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 EU-DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 EU-DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 EU-DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d EU-DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 EU-DSGVO).

7. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. In MV ist dies:

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 74a
19055 Schwerin
Telefon: +49 385 59494 0
E-Mail: info@datenschutz-mv.de
Webseite: www.datenschutz-mv.de; www.informationsfreiheit-mv.de